# Deutsche Rundschau

**in Polen**

früher Ostdeutsche Rundschau

**Bromberger Tageblatt**

**Bezugspreis:** In Bromberg mit Bestellgeld vierteljährlich 8,75 Zł., monatlich 3 Zł. In den Ausgabestellen monatl. 2,75 Zł. Bei Postbezug vierteljährlich 9,33 Zł., monatl. 3,11 Zł. Unter Streifband in Polen monatl. 5 Zł., Danzig 3 Gulden. Deutschland 2,5 Reichsmark. — Einzelnummer 20 Gr. Bei höherer Gewalt (Betriebsstörung, Arbeitsniederlegung usw.) hat der Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.
Fernruf Nr. 594 und 595.

**Anzeigenpreis:** Die 30 mm breite Kolonelzeile 20 Groschen, die 90 mm breite Reklamezeile 100 Grosch. Danzig 20 bz. 100 Dz. Pf. Deutschland 20 bzw. 100 Goldpfg., übriges Ausland 100 % Aufschlag. — Bei Platzvorschrift und schwierigem Satz 50 % Aufschlag. — Abbestellung von Anzeigen nur schriftlich erbeten. — Offertengebühr 50 Groschen. — Für das Erscheinen der Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen.
Postscheckkonten: Stettin 1847, Posen 202157

**Nr. 165.** Bromberg, Dienstag den 21. Juli 1925. **49. Jahrg.**

## Der Zweck.

### Den nationalen Minderheiten will man das Land rauben.

In der Sejmsitzung vom 17. Juli d. J. gab Abg. **Kronig** im Namen des Deutschen Klubs nachstehende Erklärung zur dritten Lesung des Gesetzes über die Agrarreform ab:

Hoher Sejm! Jeder, der ehrlich die innere Konsolidierung des Staates anstrebt, muß mit Trauer feststellen, daß die Ereignisse der letzten Tage uns von diesem Ziele weit entfernt haben. Die innere Kraft des Staates kann einzig und **allein auf der Gerechtigkeit** gegründet werden. Diese Gerechtigkeit aber verlangt im Verhältnis zu den Völkern, die die polnische Republik bewohnen, **die völlige Gleichberechtigung** auf allen Gebieten. Die Mehrheit des Sejm hat in den letzten Tagen wiederum kraß zum Ausdruck gebracht, daß sie diese grundlegende Wahrheit nicht anerkennt, daß sie die Gleichberechtigung nicht will.

Das vom Sejm in zweiter Lesung angenommene Gesetz über die Parzellierung und das Siedlungswesen bietet einen klaren Beweis dafür. **Mit Hilfe dieses Gesetzes will der polnische Nationalismus sich ein neues Werkzeug der Verdrängungspolitik schaffen. Man spricht von der Agrarreform, in Wirklichkeit aber will man alle nichtpolnischen Völker des Landes berauben.** Denn nur diesem Zweck allein wird das Gesetz dienen. Zu diesem Zweck haben die Parteien von der Rechten und vom Zentrum und sogar von der linken Seite dieses Hauses sich die Hände gereicht, **um den nationalen Minderheiten in Polen den Todesstoß zu versetzen.** Aus diesem Grunde sind auch alle Verbesserungen, die zu den einzelnen Artikeln des Gesetzes von den Klubs der Minderheiten gestellt wurden, und die eine gerechte Durchführung der Agrarreform erstrebten, von der Mehrheit dieses Sejm abgelehnt worden.

Es muß daher ausdrücklich festgestellt werden, daß es Ihnen, meine Herren, nicht um die Agrarreform geht, sondern um eine Kolonisation, eine Kolonisation, die um so brutaler ist, weil durch sie ein großes Unrecht an den Minderheiten begangen wird.

**Hoher Sejm! Wir als Vertreter der deutschen Minderheit verlangen, daß diejenigen Bestimmungen des Gesetzes, die ihre Spitze gegen uns richten, beseitigt werden. Zu diesem Zweck erneuern wir unsere Verbesserungen. Wir appellieren nochmals an Sie, meine Herren, daß Sie bei der dritten Lesung dieses Gesetzes diejenigen Bestimmungen abändern, die für uns nicht nur ein schweres Unrecht, sondern die Vernichtung bedeuten.**

*

**Protest der slawischen Minderheiten.**

Für die Weißrussen sprach der Abgeordnete Rogula: „Niemals," erklärte er, „wird sich das weißrussische Volk mit der polnischen Kolonisierung des angestammten weißrussischen Landes abfinden." Danach gab der Abgeordnete Chrucki die Erklärung der ukrainischen Fraktion ab:

„Im Namen des sieben Millionen zählenden Volksteils erkläre ich, daß das ukrainische Volk eine Agrarreform an sich für unerläßlich hält. In der Groß-Ukraine ist eine solche Reform auch bereits durchgeführt; nur westlich der Grenzen des Riga-Friedens, der den lebendigen Leib der Ukraine in zwei Hälften zerschnitten hat, ist das Land in den Händen der polnischen Gutsbesitzer verblieben, und dazu ist jetzt ein neuer „Pan" (Herr) bei uns aufgetaucht, der polnische Kolonist. Die ortsangestammte Bevölkerung aber ist noch heute landlos wie sie früher landlos war. Das wird so bleiben, bis sie sich selbst das Land erobert hat. Unsere Obstruktion war der letzte Appell, den wir an die polnische Volksvertretung richteten; aber die zweitägigen Verhandlungen danach haben gezeigt, daß Sie, meine Herren, bei Ihren Kolonisierungsplänen verharren. Dafür sind wir aber niemals zu haben. Das ukrainische Volk kann auf sein Recht nicht verzichten. Die aber, die jetzt dort die Herren spielen, betrachtet das ukrainische Volk als zeitweilige Eroberer und spricht ihnen das Recht ab, über das Land zu verfügen."

Vor Beginn der Abstimmung verließen die Ukrainer und Weißrussen zum Zeichen des Protestes die Sitzung. Beim Hinausgehen sangen die Ukrainer ihr neues, allgemein bei ihnen üblich gewordenes Trutzlied: „Nicht Zeit ist es mehr, dem Polen zu dienen."

## Höllenlärm im Sejm.

### Das Recht der Hypothekengläubiger gefährdet das Unrecht der Agrarreform.

(Von unserer Warschauer Redaktion.)

**Warschau**, 20. Juli. Die dritte Lesung des Agrarreformgesetzes begann in einer friedlichen Atmosphäre, doch zeigte es sich bereits am Sonnabend, daß diese friedliche Stimmung nur rein äußerlich war, als Stille vor dem Sturm gedeutet werden konnte. Im Innern rumorte die große Aufregung, die wir von der zweiten Lesung des Gesetzentwurfs her kennen. Von Anfang an hing eine schwere Gewitterwolke über dem Gesetz, die sich während der zweiten Lesung mit Donnerkrachen entlud. Der Sonnabend war eine Wiederholung der Lärmkundgebungen in der zweiten Lesung. Verursacht wurde dieser Lärm durch die Annahme eines Verbesserungsantrages der Rechten, der besagt, **daß Gläubiger, deren Ansprüche infolge der Parzellierung nicht befriedigt wurden, gegen das Ergebnis der Schätzung des Gutswertes ihre Rechte auf dem Wege der zivilen Klage geltend machen können.** Die Urheber dieses Antrages, der mit 160 : 156 Stimmen zur Annahme gelangte, waren der Ansicht, daß es sich bei dem Gesetz um die Parzellierung des Bodens und nicht um die schlechtere Behandlung hypothekarischer Guthaben handelte. Einer anderen Meinung aber waren die Abgeordneten der Wyzwolenie und der Piasten. Nach ihrer Ansicht bedeutet die Annahme des Verbesserungsantrages, der dem hypothekarischen Gläubiger das Besitzrecht garantiert, die Vernichtung des ganzen Gesetzes! Da jedoch der Antrag der Nationaldemokraten — für ihn stimmten die Nationaldemokraten, die Christlich-Demokraten, die Nationale Arbeiterpartei, die Deutschen und die Juden **(die Mehrheit betrug nur vier Stimmen!)** — eigentlich nur durch einen Zufall zur Annahme gelangt war, weil die Ukrainer vorher unter Protest den Saal verlassen hatten, einige Abgeordnete der Wyzwolenie abwesend waren, begannen die Bauernparteien gegen den Verbesserungsantrag Sturm zu laufen. Sie wollten den Antrag unbedingt zu Fall bringen und erklärten, daß diese Abänderung einem bereits früher zum Artikel 26 unter Punkt 1 angenommenen Antrage widerspreche. Sie verlangten daher, der Sejmmarschall solle die Erklärung abgeben, daß bei solchen Präzedenzfällen die Angelegenheit dem Sejm zur nochmaligen Begutachtung und Beschlußfassung vorgelegt werden müßte. Doch die radikalen Parteien wollten aus der verwickelten Situation Nutzen ziehen und übten gegen das Gesetz Obstruktion. **Es entstand ein furchtbarer Lärm im Sejm; man pfiff und trompetete; Harmonikaklänge und Autosirenen vereinten ihre lieblichen Klänge zu einem wahren Höllenorchester. Der Marschall mußte die Sitzung unterbrechen.**

Im Zwischenakt wollte man es der Wyzwolenie klar machen, daß ihre Sache nicht verloren sei und daß der Sejmmarschall auf der Basis des Reglements den Verbesserungsantrag in Frage stellen könne. Doch die Wyzwolenie kümmerte sich weder um das Reglement noch um den Sejmmarschall. Das Kommando über den Klub übernahm der radikale Bauernführer Sanojca, für den keine Rechtsformeln existieren. Er verlangte die sofortige Abänderung des Beschlusses, obwohl sein eigener Klub vor einigen Tagen erst die Abänderung eines Beschlusses, um die sich die Ukrainer bemühten, unmöglich gemacht hatte. Um seiner Forderung einen Rechtstitel zu geben, schlug er Vertagung der Sitzung und Wideraufnahme der Beratungen in 10 Minuten vor. In der folgenden Sitzung sollte dann über die Abänderung des schon einmal gefaßten Beschlusses abgestimmt werden. Die anderen Abgeordneten wollten sich jedoch auf eine solche Komödie nicht einlassen, und dies veranlaßte die Wyzwolenie sich wieder einmal mit der kommunistischen Obstruktion zu solidarisieren. Die Sozialdemokraten verließen, hierüber empört, den Saal, bald folgte der Arbeitsklub, während die Piasten ganz bedrückt sitzen blieben.

Der Sejmmarschall schloß drei kommunistische Abgeordnete, die sich allzulärmend gebärdet hatten, von den nächsten Sitzungen aus. Sie verließen aber während der Pause nicht den Saal und wurden von anderen kommunistischn Abgeordneten mit Speise und Trank versorgt. Neu gestärkt machten sie nach Wiedereröffnung der Sitzung nur noch größeren Lärm. Erst als der Sejmmarschall die Mitteilung machte, daß die Tagesordnung eine Veränderung erfahren müsse, schritten sie aus dem Saal. Der Marschall stellte nach der Erklärung, daß er eine weitere Sabotierung der Sejmberatungen nicht zulassen werde, **die Vertrauensfrage**, wobei die Parteien der Rechten, der Linken und des Zentrums für das Vertrauensvotum stimmten und so seine Stellung neu befestigten. Bei der Abstimmung über das Vertrauensvotum verließen der Bauernverband, die Wyzwolenie, die Unabhängigen Bauern, die Kommunisten und die Christlich-Nationalen den Sitzungssaal. Den Beratungen des Sejms wohnte längere Zeit ein Vertreter der Sowjetgesandtschaft bei, der mit dem Agrargesetz zugleich seine eigene Ernte reifen sieht. Wollte ihm die radikale Linke durch ihre Lärmkundgebungen besonders imponieren?

## Die Unterbrechung der Berliner Verhandlungen.

### Eine polnische Note an Deutschland.

**Die polnische Delegation lehnt die deutschen Vorschläge ab, erklärt sich aber für eine Fortsetzung der Wirtschaftsverhandlungen.**

**Warschau**, 20. Juli. **PAT.** Am 18. d. M. richtete der polnische Bevollmächtigte für die Verhandlungen mit Deutschland, Dr. Prądziński, an den deutschen Bevollmächtigten, Unterstaatssekretär a. D. Lewald, eine Note, in der er den Standpunkt der polnischen Regierung in der Frage der weiteren Handelsvertragsverhandlungen darlegt. Die Note hat folgenden Wortlaut:

„Exzellenz! Indem ich den Empfang Ihres Schreibens vom 9. d. M. bestätige, kann ich nicht umhin, meinem aufrichtigen Bedauern darüber Ausdruck zu geben, daß unsere Vorschläge für eine provisorische Regelung der Handelsbeziehungen zwischen Polen und Deutschland bei Euer Exzellenz keine günstige Aufnahme gefunden haben. Die polnische Delegation hat es in ihren Vorschlägen der deutschen Delegation freigestellt, zwischen dem Abschluß eines provisorischen oder eines Kompensationsvertrages zu wählen, wodurch die sofortige Regelung dieser Beziehungen ermöglicht worden wäre. Die bisherige Unmöglichkeit der Vereinheitlichung der Anschauungen beider Delegationen über gegenseitige Zugeständnisse in den Grenzen eines provisorischen Wirtschaftsabkommens ergibt sich aus der verschiedenen Beurteilung der wirtschaftlichen Bedeutung dieser Zugeständnisse. Da ich die Bedeutung der Erlangung der Meistbegünstigungsklausel für Deutschland durchaus verstehe, gestatte ich mir, gleichfalls zu unterstreichen, daß es für Polen ebenso wichtig ist, den Vertrag auf die Grundlage eines freien Warenverkehrs zu stützen. Diese beiden Grundsätze bedeuten seit jeher den Hauptbestandteil internationaler Wirtschaftsverträge, und nur beide zusammen können eine normale Entwicklung der Wirtschaftsbeziehungen zwischen Polen und Deutschland sicherstellen. Die gegenseitige Anerkennung dieser beiden Grundsätze, die seit dem Beginn der Verhandlungen die Richtlinien für den Abschluß eines Traktates sind, würden zweifellos die meisten ernsteren Schwierigkeiten beseitigen, denen wir auf dem Wege zum Abschluß eines Traktats begegnen. Hätte man sich auf diese wirtschaftlichen Grundsätze gestützt, so wären auch Mißverständnisse ausgeschlossen gewesen. Die Frage der Liquidation z. B., die von deutscher Seite aufgeworfen wurde und mit dem Handelsvertrag in keinem Zusammenhang steht (?), hat lediglich eine neue Schwierigkeit geschaffen. (?)

Als Grund für die Unmöglichkeit, Verhandlungen über den Abschluß eines definitiven Handelsvertrages zu führen, geben Eure Exzellenz die Tatsache an, daß von polnischer Seite der Entwurf für den Abschluß eines Tarif-Vertrages abgelehnt wurde, trotzdem sowohl Deutschland, wie auch Polen bis jetzt fast ausschließlich tariflose Traktate abgeschlossen und Zollerleichterungen nur in Ausnahmefällen gewährt haben. Den Abschluß eines Kompensationsvertrages halten Eure Exzellenz für unmöglich mit Rücksicht auf den Charakter der polnischen Reglementierungsverordnungen, trotzdem diese Verordnungen ursprünglich von polnischer Seite erlassen worden waren, um das Gleichgewicht der Handelsbilanz herzustellen, die in bedeutendem Maße durch die Tatsache gefährdet wurde, daß der deutsche Kohlenkommissar die Einfuhr von Kohle, besonders aus Polen nicht gestattete. Die ersten Wirtschaftsverordnungen wurden daher durch die amtlichen Organe des Deutschen Reichs gegen Polen erlassen. (Wir haben diese irrtümliche Auffassung bereits früher richtiggestellt. D. R.) Wenn die polnische Delegation es trotzdem für möglich hält, über die Frage der Kohlenausfuhr nach Deutschland zu unterhandeln, so müssen die erwähnten polnischen Anordnungen um so mehr als Gegenstand der gegenwärtigen Verhandlungen angesehen werden. Ich betone hierbei, daß die Tatsache des Abschlusses vieler Kompensationsverträge durch Polen in der Nachkriegszeit auf die Möglichkeit hinweist, daß der Text des Abkommens so redigiert wird, daß es in seinem vollen Umfange leicht ausgeführt werden kann.

In welchen Grenzen wir ein provisorisches Abkommen auch schließen würden, so wäre dieses für beide Seiten vorteilhafter als der traktatlose Zustand, in dem sich beide Staaten bis jetzt befanden. Indem ich die beiderseitigen Vorschläge, die das Provisorium betreffen, analisiere, stelle ich fest, daß sich die polnische Delegation ihrerseits mit der Gewährung der Meistbegünstigungsklausel, d. h. mit der Ermäßigung der Zollsätze für deutsche Waren bis zur Höhe der konventionellen Sätze einverstanden erklärt hat. Dies ist gleichbedeutend mit der Möglichkeit, daß deutsche Kaufleute, auf dem polnischen Markt nach dem Grundsatze der vollkommenen Gleichberechtigung konkurrieren könnten, was sie tatsächlich in eine besonders günstige Lage versetzen würde. Die polnische Delegation erklärte sich weiter damit einverstanden, die Frage der Ausübung des Berufs durch Reisende wohlwollend zu prüfen. (Wie aber steht es mit dem bei allen Kulturvölkern selbstverständlichen Niederlassungsrecht? D. R.) Diese beiden wichtigen Fragen bildete ein Novum im Verhältnis zu dem vorherigen Stande. Als Äquivalent hierfür schlug die deutsche Delegation ein Kontingent von einem Fünftel der Kohlenmenge vor, die Polen in der letzten Zeit tatsächlich in Deutschland verkaufte, d. h. bedeutend weniger als Deutschland, sofern das Provisorium zustande käme, an Kohle in Gestalt von Maschinen, Waren usw. nach Polen ausführen würde. Ich möchte hierbei hervorheben, daß die Bewilligung eines Kontingents nicht die Verpflichtung in sich schließt, daß die betreffende Menge auch gekauft wird; sie verpflichtet lediglich die Deutsche Regierung den Ankauf von polnischer Kohle durch deutsche Konsumenten nicht zu verhindern. Die polnische Forderung, die Einfuhr von Vieh nach Deutschland zu ermöglichen, hält die deutsche Delegation nicht für annehmbar, wiewohl Polen als landwirtschaftlicher Staat dieser Bedingung eine grundsätzliche Bedeutung beimessen muß. Die Gewährung des status quo in bezug auf das Fleisch bringt Polen im Verhältnis zum bisherigen traktatlosen Zustand keinen Nutzen (?), und die Verpflichtung zum Abschluß eines näher begrenzten Abkommens über die Schweineeinfuhr kann ebenfalls nicht als eine reale Konzession angesehen werden. (Warum denn nicht? D. R.)

Bei diesem Sachverhalt bildet die Erklärung Eurer Exzellenz, daß die weiteren Verhandlungen von deutscher Seite erst dann erneut aufgenommen werden, wenn die polnische Delegation den deutschen Vorschlag als Grundlage für die Verhandlungen annimmt, eine ernste Schwierigkeit für die baldige Verständigung. Die polnische Delegation, die trotzdem eine Verständigung anstrebt, gibt ihrerseits dem Wunsche Ausdruck, daß die Verhandlungen auch nicht für einen Augenblick unterbrochen werden. Da aber die deutsche Delegation dies offenbar für unumgänglich hält, **gebe ich der Überzeugung Ausdruck, daß die Verhandlungen ohne formale Unterbrechung auf die Art fortgesetzt werden, daß beide Delegationen jederzeit wieder zusammenkommen, sofern eine der Parteien auf Grund der von ihr geleisteten Arbeiten zu der Überzeugung gelangt, daß eine Verständigung möglich erscheint und die Unterbrechung im Wirtschaftsverkehr abgeschlossen werden kann.** Im übrigen bin ich mit dem Vorschlage Eurer Exzellenz einverstanden, daß beide Delegationen auf alle Fälle spätestens **am 16. September d. J.** zur Fortsetzung der Verhandlungen wieder zusammentreten, um ein provisorisches oder definitives Abkommen zustande zu bringen.

Ich benutze diese Gelegenheit usw."

*

Das Memorandum des Herrn Prądziński läßt trotz der unzweideutigen Formulierung der Unterbrechung der deutsch-polnischen Wirtschaftsverhandlungen immerhin dem tröstlichen Gedanken Raum, daß vielleicht im Herbst noch reiche Früchte am Baume unserer Hoffnung reifen. Wir begrüßen die Zuversicht, mit der die polnische Delegation in die Ferien geht, können jedoch nicht umhin, unser eigenes Vertrauen zu den Unterhändlern unserer Regierung nur mit folgenden Vorbehalten zu dem vorliegenden Text des Memorandums öffentlich zu bezeugen:

Die Behauptung, daß der Versuch der deutschen Delegation gelegentlich der Berliner Verhandlungen das Tempo der polnischen Liquidationsbehörden zu mäßigen, eine Einigung nur erschweren könne, ist durchaus unrichtig. Wir verstehen nicht, wie der Vertreter unserer Regierung derartiges behaupten kann. Zunächst einmal hat die deutsche Regierung bereits vor Wochen öffentlich erklärt, daß sie auf ihren Liquidationseinspruch im Rahmen der Berliner Verhandlungen verzichte. Aber ungeachtet dieser bedeutungsvollen Tatsache erscheint uns eine Einigung zwischen zwei Nachbarn unmöglich, wenn der eine nicht das Eigentum des anderen achtet, nicht einmal strittige Objekte, die caritativen oder religiösen Zwecken dienen. Über dem Versailler Vertrag steht das Grundgesetz aller kultivierten Völker: die Unantastbarkeit des Privateigentums. Wo dieser Grundsatz verletzt wird, wie im bolschewistischen Rußland, da stockt der Handel, da sind alle Rapallo-Verträge überflüssig. Zudem ist es offenkundig — und hier tritt die wirtschaftliche Seite der Liquidationsfrage offen hervor —, daß durch die Massenenteignung deutscher Güter die Kaufkraft der polnischen Bevölkerung abnimmt und Deutschland, ebenso wie andere Vertragsstaaten, mehr und mehr das Interesse für den polnischen Markt verlieren muß. Die Liquidationsfrage ist also ein eminent wirtschaftliches Problem.

Am Rande sei bemerkt, daß man sich in Warschau vorher niemals gescheut hat, wirtschaftliche mit politischen Fragen zu vermengen. Der tschechisch-polnische Handelsvertrag mit seinen militär-politischen Klauseln und nun gar erst die unlösbar miteinander verbundenen politischen und wirtschaftlichen Traktate zwischen Frankreich und Polen, liefern dafür den Beweis. Sie legen uns Lasten auf, während die wirtschaftliche Forderung eine Einstellung der sogar von Herrn Kierski als unmoralisch bezeichneten Liquidation dem Aufbau unseres Staates nur zugute kommen kann. Man frage einmal neutrale Beobachter unseres Landes und schalte den wirtschaftsfeindlichen „Westmarkenverein“ wenigstens für die Zeit von den Beratungszimmern aus, als er — ein Treppenwitz der Weltgeschichte — Triumphbögen für die betrübt einziehenden polnischen Optanten baut, die ihr Geschick lediglich dieser Organisation zur „Verteidigung der Westmarken“ zu verdanken haben.

Als Polen seine Kampfzölle gegen Deutschland einführte, — das Rahmengesetz dazu wurde schon lange vor den Berliner Verhandlungen geschaffen — war sich jedermann im Lande darüber klar, daß man dadurch einen Verhandlungstrumpf gegenüber dem deutschen Partner in die Hand bekommen wollte. Jetzt wird hartnäckig eine andere Lesart verbreitet, die sich auch Herr Pradzińsk̈i gefallen läßt: die Kampfzölle sollen lediglich der Stabilisierung unserer Handelsbilanz dienen. Ja warum hält man sich dann nicht die französischen Luxuswaren vom Leibe? Und warum zerstört man mit einem radikalen Agrargesetz die Grundlage für ausländische Anleihemöglichkeiten? Warum benutzt man zur Stabilisierung unserer Handelsbilanz gerade ein Mittel, das die Brücke zu unserem wichtigsten Handelspartner abbrechen hilft und damit unserer Wirtschaft neue Erschwernisse bringt, die sich in der Handelsbilanz nur auf dem Debet-Konto auswirken können?

## Skrzyński in Amerika.

Am Freitag traf — einer Neuyorker Pat-Meldung zufolge — der polnische Minister des Auswärtigen, Graf Skrzyński, in der Hauptstadt der Vereinigten Staaten ein. Zur Begrüßung des Ministers fuhr der Stellvertreter des Staatssekretärs des Auswärtigen dem Dampfer „Paris“, auf dem Skrzyński die Überfahrt gemacht hatte, einige Stunden weit entgegen. Der Vertreter des Staatssekretärs sprach dem Minister im Namen der Regierung der Vereinigten Staaten die aufrichtige Freude aus Anlaß seines Besuchs aus. Bei der Landung wurde der Minister von einer Reihe hervorragender Persönlichkeiten empfangen. Von Neuyork aus begab sich Minister Skrzyński nach Svampse, um dem Präsidenten Coolidge die Grüße des polnischen Volkes zu überbringen.

In Washington nahmen an dem Diner, das der Staatssekretär Kellog zu Ehren des polnischen Außenministers gab, Kabinettsmitglieder, Senatoren, Vizeminister und andere höhere Beamten des Staatsdepartements teil. Während des Diners brachte der Staatssekretär einen Toast auf den Präsidenten der Vereinigten Staaten (nicht der Republik Polen? D. R.) und den Minister Skrzyński aus. Am Sonnabend empfing Skrzyński eine größere Gruppe von Zeitungsvertretern, die insgesamt 2500 amerikanische Zeitungen repräsentieren. Die Propaganda verspricht infolge des polnisch-jüdischen Pakts auch gewisse Erfolge, da sich die große amerikanische Presse vorwiegend in jüdischen Händen befindet.

Wie die „Köln. Ztg.“ aus Neuyork erfährt, hat allerdings die polnische Anleihe in den Vereinigten Staaten einen großen Mißerfolg gehabt. Die Anleihe, die bekanntlich vom Bankhaus Dillon Reed u. Co. nur kommissionsweise übernommen war, ist bisher nur zu 40 v. H. untergebracht worden. Die Zurückhaltung des amerikanischen Publikums erkläre sich aus einem „tiefen Mißtrauen gegen die derzeitige Lage in Polen“, die man durch den Wirtschaftskrieg mit Deutschland und die unklaren Wirtschaftsverhältnisse im Innern (Agrarreform!) für schwer in Mitleidenschaft gezogen ansehe.

Wir geben der Hoffnung Ausdruck, daß es Herrn Skrzyński gelingen möge, mit Hilfe der Juden den eingefrorenen Dollar wieder flüssig zu machen. Ein Mosesstab tut Wunder!

## England auf Oesel?

Nach einer Meldung der „Times“ aus Riga wird von der dortigen Sowjetvertretung eine Erklärung folgenden Inhalts veröffentlicht:

„Zwischen der estländischen und der englischen Regierung ist ein Pachtvertrag abgeschlossen worden, der England die beiden Inseln Oesel und Dagö zur Verfügung stellen wird. England soll das Recht erhalten, beide Inseln zu befestigen, die im übrigen der Souveränität Estlands unterstellt bleiben. Die Ausführung der Verträge soll in allernächster Zeit stattfinden.“

Bekanntlich laufen diese und ähnliche Nachrichten schon seit vielen Wochen um. Sie wurden wieder aufgewärmt anläßlich des Besuches einer englischen Eskadre in estländischen Häfen. Von Reval aus sind alle diese Meldungen dementiert. Ob die jetzige Rigaer Depesche mehr Glauben verdient, bleibt abzuwarten.

*

### Ein Geheimvertrag zwischen England und den Baltenstaaten?

♂ **Warschau**, 17. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Aus Wilna wird nach hier gemeldet, daß die bolschewistische Presse seit einigen Tagen eine sehr heftige Sprache gegen die baltischen Staaten, hauptsächlich gegen Estland und Lettland führt; von diesen Staaten wird in der bolschewistischen Presse gesagt, daß sie sich ganz in den Händen Englands befinden. In politischen Kreisen Sowjetrußlands verlautet, daß England mit den baltischen Staaten einen Geheimvertrag abgeschlossen habe, demzufolge bei einem englisch-sowjetrussischen Kriege eine rücksichtslose Koordinierung der militärischen Aktion durchgeführt werden würde. Die nächste Sitzung des politischen und kriegerischen Rates Sowjetrußlands wird sich mit der Bearbeitung eines Planes für den Fall des Ausbruchs eines Krieges zwischen England und Sowjetrußland befassen. Sollte die englische Flotte gegen Petersburg vorstoßen, würde Sowjetrußland sofort seine Streitkräfte auf dem Lande gegen die baltischen Staaten entsenden.

Aus Moskau wird weiter berichtet, daß die Sowjets einen Geheimbefehl erlassen haben, wonach die kommunistische Agitation in Polen und Rumänien, besonders bei den Militärformationen, verschärft werden solle.

## An alle unterdrückten Christen der Welt!

### Eine Botschaft des christlichen Chinesengenerals Feng.

Der christliche Chinesengeneral Feng sandte neuerdings an die „United Preß“ eine längere Botschaft, in der es heißt:

„Dieselbe schauerliche Episode, die sich am 30. Mai in Schanghai abspielte, hat sich in Hankau und Schamien bei Kanton wiederholt. Wieder einmal wurden wir armen Chinesen erbarmungslos hingeschlachtet. Um die Situation kurz auszudrücken: die Engländer haben die Souveränität Chinas in eklatanter Weise verletzt und das chinesische Volk wie Hunde behandelt. Die Leichen und die Verletzten lagen in Haufen in den Straßen von Hankau und in Schamien bei Kanton. Die Engländer setzen ihre schonungslose und unmenschliche Bestrafung mit Hilfe ihrer überlegenen Ausrüstung an Maschinengewehren und Geschützen fort. Von Empörung und Leid überwältigt, protestiert die Bevölkerung unseres Landes energisch gegen ein solches Vorgehen.

Staatsbürger befreundeter Nationen und auch nicht wenige Engländer haben der Wahrheit Gerechtigkeit widerfahren lassen und Erklärungen abgegeben, die unsere Bewegung unterstützen. Insbesondere haben uns die Arbeiterparteien verschiedener Nationen ihre Unterstützung angeboten. Leider haben wir bisher im Zusammenhang mit den wiederholten Massakers in China von den ausländischen Missionaren noch keine Äußerung darüber erhalten.“

Feng apostrophiert dann die Missionare: „Nach meiner Ansicht habt ihr Missionare sicherlich aufrichtiges Mitgefühl mit den Leiden unseres Volkes und verurteilt die jüngsten Massakers. Auch werdet ihr sie zweifellos als vollkommen unentschuldbar betrachten. Da ihr jedoch unter dem Drucke imperialistischer Regierungen lebt, nehme ich an, daß ihr nicht in der Lage seid, euren gerechten Ansichten freien Ausdruck zu verleihen, da ihr befürchten müßt, euch die Ungnade eurer Regierungen und den Haß der Kapitalisten zuzuziehen, was eurer eigenen Stellung schaden würde. Jesus hat wiederholt die Sünden der Pharisäer verurteilt und keinerlei Furcht vor ihrer Macht empfunden. Ich möchte euch das Bibelwort in Erinnerung bringen: Fürchtet euch nicht, sondern sprechet und haltet nicht an euch! Denkt an das zehnte Kapitel Matthäi: Fürchtet nicht jene, die den Leib töten, aber die Seele nicht töten können! Wenn wir unsere Ohren diesen Weisungen des Meisters verschließen, was ist dann die Pflicht eines Christen? Seid auf keinen Fall so schweigsam wie eine „erfrorene Zikade“, wie wir Chinesen sagen. Gerade weil ihr unter dem Drucke des Imperialismus steht, sollt ihr für die Aufrechterhaltung christlicher Moral und für die Ehrenrettung der Missionare kämpfen. Nur wenn ihr Taten zeigt, wird man sagen können, daß das Christentum vor dem Bankerott gerettet werden kann.“

Diese Botschaft ist unterfertigt: „Marschall Feng-Yu-Hsiang an alle unterdrückten Christen der Welt; Generaldirektoriat der nordöstlichen Grenzverteidigung.“

## Die Zwischennote zum Sicherheitspakt.

### Deutschland ersucht um Aufklärung.

Wie aus Berlin gemeldet wird, ist das Reichskabinett am 15. d. M. über alles Erwarten schnell mit den Beratungen über die sogenannte Zwischennote fertig geworden. Schon nach knapp zweistündiger Sitzung hat man die Erklärung ausgeben können, man sei über den Inhalt der Note einig, wie man letzthin über die Grundlinien einig geworden war.

Die wesentlichen Gedankengänge der Antwortnote sind etwa folgende: Die deutsche Regierung ist bereit, die Verhandlungen mit dem Ziele fortzusetzen, daß ein Sicherheitsvertrag zwischen Deutschland, Frankreich und England abgeschlossen wird. Ein Durchmarschrecht Frankreichs würde von deutscher Seite als in Widerspruch mit einem solchen Sicherheitspakt stehend angesehen werden. Die von Briand angeschnittene Forderung, Frankreich habe als Garant über die Schiedsgerichtsverträge zwischen Deutschland und den östlichen Staaten zu fungieren, wird in der deutschen Note in der Form abgelehnt, daß erklärt wird, die deutsche Regierung habe keine Klarheit darüber gewinnen können, was Frankreich darunter verstehe, so daß eine klare Kommentierung erforderlich sei. Ein wesentlicher Punkt der Note ist die Stellungnahme zu dem Eintritt Deutschlands in den Völkerbund. Deutschland lehnt es ab, sich den Eintritt als Bedingung für den Sicherheitspakt vorschreiben zu lassen, erklärt aber seine Bereitwilligkeit zum Eintritt, wenn die Voraussetzungen, insbesondere hinsichtlich des Durchmarschrechtes durch deutsches Gebiet im Falle einer militärischen Aktion des Völkerbundes, was Deutschland bekanntlich ablehnt, geschaffen würden.

## Danzig und das polnische Konkordat.

### Ein Protest der deutschen Katholiken Danzigs.

Die Organisation der Katholiken deutscher Nationalität der Freien Stadt Danzig hatte dieser Tage eine Protestversammlung einberufen, die das polnische Konkordat über Danzig zum Gegenstand hatte. Der Vorsitzende der Organisation, Dr. Schulte, führte in einem Referat über den Anlaß zur Protestversammlung u. a. aus:

Im Februar d. J. hat der Papst mit der polnischen Regierung ein Konkordat abgeschlossen, das die wechselseitigen Beziehungen des Hl. Stuhles mit der polnischen Regierung vertraglich regelt. Wir können es nicht ruhig hinnehmen, daß dieses Konkordat Bestimmungen enthält, welche die kirchenpolitischen Interessen eines großen Teiles der Freien Stadt Danzig berühren, ohne daß weder dieser, noch die oberste kirchliche Behörde in Danzig vorher befragt worden wäre. So heißt es im Artikel III des Konkordats:

„Zwecks Aufrechterhaltung der freundschaftlichen Beziehungen zwischen dem Heiligen Stuhl und der Republik Polen werden in Polen ein apostolischer Nuntius und beim Heiligen Stuhl ein Botschafter der Republik residieren. **Die Machtbefugnisse des apostolischen Nuntius werden sich auf das Gebiet der Freien Stadt Danzig erstrecken.**“

Hiernach sind also dem apostolischen Nuntius in Warschau zugleich in der Freien Stadt Danzig kirchenpolitische Rechte zugesprochen, die wir als Katholiken deutscher Nationalität der Freien Stadt Danzig nicht billigen können. Mit dem jetzigen ausgesprochen deutschen Charakter der Freien Stadt Danzig würde es vorbei sein, wenn einmal die Katholiken Danzigs unter polnisch-kirchlichem Einfluß stehen. Es liege im Bereich der Möglichkeit, daß bei evtl. Abberufung unseres Administrators durch Vermittelung des apostolischen Nuntius in Warschau ein Nachfolger ernannt werden würde, der entweder selbst Pole ist oder polnischen Tendenzen huldigt. Daß ein solcher Nachfolger sich dann bei Neubesetzung der Konsistorialstellen nur Priester bedienen würde, die seinen kirchenpolitischen Tendenzen nahestehen, ist leicht zu befürchten. Die größte Gefahr sehen wir aber darin, daß die apostolische Administratur in Danzig vollkommen aufgegeben werden kann, um die Katholiken der Freien Stadt Danzig dem polnischen Bistum Culm zu unterstellen. Tritt das aber ein, so wäre es nicht nur in kurzer Zeit mit dem deutschen Charakter unserer Geistlichkeit vorbei, sondern auch für uns in kurzer Frist um unseren ausgesprochenen deutschen Charakter geschehen.

Der Redner teilte alsdann eine Eingabe an den Papst mit, in der ausführlich auf die Gefahren hingewiesen wird, die den deutschen Katholiken Danzigs aus dem polnischen Konkordat drohen. Zum Schluß spricht die Eingabe die Bitte aus, das Gebiet der Freien Stadt Danzig zu einem extremen Bistum zu erheben, dieses Bistum auch in Zukunft mit einem Priester als Oberhirten zu besetzen, welcher der nationalen Eigenheit der kaholischen Mehrheit in jeder Weise und in jeder Zeit Rechnung trägt, und wegen der Errichtung des Bistums Verhandlungen mit der Regierung der Freien Stadt Danzig anzuknüpfen. — Die Eingabe wurde von der Versammlung ohne Diskussion gutgeheißen.

## Arbeitslosenversicherung für geistige Arbeiter.

**Warschau**, 17. Juli. (PAT.) In der gestrigen Sitzung des Sejms beschäftigte man sich mit dem Projekt einer Novelle zum Gesetz über die Arbeitslosenversicherung. Diese Novelle erstreckt sich auch auf geistige Arbeiter, die ein Gehalt bis zu 500 Zloty monatlich beziehen und in Unternehmungen beschäftigt sind, in denen mehr als fünf Arbeiter beschäftigt werden. Der Beitrag beträgt 2½ Prozent des Gehalts, wobei die höchste Verdienstnorm 8 Zloty täglich beträgt. Von den Beiträgen sollen die geistigen Arbeiter ⅖ und die Unternehmungen ⅗ aufbringen, der Staatsschatz soll hierdurch nicht belastet werden.

Abg. Harasz (Christliche Demokratie) begründete den Antrag der Minderheit, in welchem gefordert wird, daß der Staatsschatz zu diesen Leistungen ebenso herangezogen wird wie zu den Unterstützungen für die Arbeiter. Außerdem forderte der Redner, die Höchstnorm des Verdienstes auf 10 Zloty täglich heraufzusetzen. Abg. Ziemniecki (P.P.S.) hob hervor, daß diese Novelle die Regierung nicht von der Verpflichtung befreie, den geistigen Arbeitern eine finanzielle Hilfe zuteilwerden zu lassen, die in kleineren Unternehmungen beschäftigt sind. Abg. Waszkiewicz (N.P.R.) wies auf zwei grundsätzliche Mängel der Novelle hin. Zunächst sei entgegen der Konstitution die Versicherung keine allgemeine, und dann entziehe sich der Staatsschatz der Leistung eines Beitrags. Das Gesetz degradiere die geistigen Arbeiter, wenn der Staat zu ihrer Versicherung nichts beiträgt, den Fonds der Arbeiter dagegen stärkt. Der Redner forderte, daß der geistige Arbeiter nur ¼, der Arbeitgeber aber ¾ des Beitrages zahlen sollte. Abg. Kronig (Deutsche Vereinigung) stellte den Antrag, daß die Regierung ein Gesetz über die Arbeitsbedingungen einbringen solle, das u. a. eine Entschädigung im Falle der Arbeitslosigkeit regeln würde, da der bisherige Zustand für die geistigen Arbeiter sehr ungünstig sei.

In der Abstimmung wurden sämtliche Veränderungsanträge der Minderheit abgelehnt, außer einem Antrag der Piasten, in das Gesetz eine Bestimmung aufzunehmen, nach welcher sämtliche Ausgaben des Staates für die Arbeitslosigkeit geistiger Arbeiter als Darlehen angesehen werden sollen, die dem Arbeitslosenfonds gewährt werden. Das Gesetz wurde in zweiter Lesung angenommen.

## Republik Polen.

### Die verbotene „Republika“.

Vor einigen Tagen wurde die Nummer 185 der in Lodz erscheinenden „Republika“ auf Verfügung des dortigen Regierungskommissars wegen eines Artikels, der unter der Überschrift „Die politische Konstellation in Europa“ in dem Blatte erschienen war, beschlagnahmt. Am anderen Tage druckte die „Republika“ die ersten Kapitel der Bibel ab, um zu erproben, ob wenigstens diese Veröffentlichung polizeilich erlaubt sei.

Die Folge war, daß nunmehr das Lodzer Bezirksgericht die Verfügung des Regierungskommissars bestätigt und das weitere Erscheinen der „Republika“ verboten hat. Das Blatt erscheint jetzt unter dem Titel: „Nowa Republika“.

In dieser Angelegenheit haben die Klubs der Wyzwolenie und der Volkseinheit an den Innen- und den Justizminister eine Interpellation gerichtet, in welcher darauf hingewiesen wird, „daß solche Willkür und derartige Schikanen der Verwaltungsbehörden gegenüber der Presse der Konstitution und anderen geltenden Bestimmungen zuwiderlaufen und die elementaren Bürgerrechte vergewaltigen.“

## Aus anderen Ländern.

### Die Minderheiten in der Tschechei organisieren sich.

Aus Preßburg wird der „Tägl. Rundsch.“ geschrieben: Der bekannte Führer der slowakischen Opposition, Pfarrer Hlinka, der Mann der früher nie genug gegen den ungarischen Staat wettern konnte und der einer der Gründer der tschechoslowakischen Republik ist, äußerte, daß es seiner Ansicht nach für alle Minderheiten zweckmäßig sei, wenn sich bei den bevorstehenden Parlamentswahlen die Deutschen, Slowaken und Magyaren auf einer gemeinsamen für die Wahlen zu gründenden Plattform einigen würden, um die Tschechen und die tschechenfreundlichen slowakischen Parteien endgültig zu besiegen Es soll ein politischer Rahmen geschaffen werden, dem alle drei Nationen zustimmen können. Er begrüße jede gesunde Initiative, die diese gemeinsame Einheitsfront bezwecke. Von diesen Wahlen erwarte die slowakische Nation ihre Befreiung.

Diese Äußerung kann von großer Bedeutung werden. Hlinka ist ein Feuerkopf und ein Mann, der vor nichts zurückschreckt. Die tschechischen Vergewaltigungsmethoden haben ihn, der einstmals der glühendste Anschlußfreund war, aus dem großtschechischen Lager in die Opposition getrieben und er reibt es den Herren auf dem Hradschin stets unter die Nase, daß die Slowaken nur einen 15 Jahre lang laufenden Pakt mit den Tschechen haben. Es geht bei den bevorstehenden Wahlen aber nicht nur um die Freiheit der Slowaken, sondern vor allem um die der Sudetendeutschen, Magyaren und Ruthenen.

2. Blatt. **Deutsche Rundschau.** Nr. 165.

Bromberg, Dienstag den 21. Juli 1925.

# Pommerellen.

**Errichtung einer Abwanderungsstelle in Dirschau.**

Der Abtransport der Optanten, die bis jetzt ihre zur Abwanderung erforderlichen Bescheinigungen von den deutschen Abwanderungsstellen in Posen, Thorn und Bromberg erhielten, hat es notwendig gemacht, auch noch an anderen Plätzen Abwanderungsstellen einzurichten, da die genannten 3 Stellen allein nicht mehr in der Lage waren, alle Antragsteller mit Papieren rechtzeitig zu versehen und viele Optanten von den genannten 3 Stellen soweit entfernt wohnen, daß ihnen durch die Fahrten dorthin unnötige Unkosten erwachsen. Die deutsche Regierung hat sich deshalb entschlossen, zunächst noch eine Abwanderungsstelle in **Dirschau** einzurichten, die dort ulica Zambora 21 ihr Büro haben wird und am 15. d. Mts. ihre Tätigkeit aufgenommen hat. Die Errichtung einer weiteren Abwanderungsstelle **in Konitz** ist geplant. Die Dirschauer Stelle wird für eine Reihe von Starosteien zuständig sein, die bis jetzt zur Zuständigkeit der Abwanderungsstelle Bromberg gehörten. Zu Dirschau werden die Kreise **Putzig** (Puck), **Karthaus** (Kartuzy), **Neustadt** (Wejherowo), **Mewe** (Gniew), **Behrent** (Kościerzyna) und **Stargard** (Starogard) gehören.

Alle Optanten, die in diesen Kreisen wohnen, werden gebeten, ihre Abwanderungspapiere in Dirschau in Empfang zu nehmen.

**20. Juli.**

## Graudenz (Grudziądz).

d **Erschwerende Änderungen im Eisenbahnverkehr.** Mit Einführung des neuen Eisenbahnfahrplanes sind verschiedene Änderungen vorgekommen, die allerdings nicht als Verbesserung der Verkehrsverhältnisse anzusprechen sind. Früher war es allgemein üblich, daß die Züge nach einer bestimmten Richtung auch immer von einem bestimmten Bahnsteig abgingen. Heute ist es anders. Es gehen nach einer Richtung einige Züge auf einem und andere auf einem anderen Bahnsteig ab. Nur zu leicht können dadurch Irrtümer eintreten. Ebenso war es mit der Ankunft der Züge. Von einer Richtung fuhren sie früher auf demselben Gleis ein. Jetzt aber läuft z. B. der gegen 1 Uhr mittags von Laskowitz eintreffende Zug auf einem Gleis ein, von dem aus die Passagiere gezwungen sind, ein Bahngleis zu überschreiten und einen Bahnsteig zu erklettern. Für Reisende mit schwerem Gepäck und besonders Damen ist diese Gleisüberschreitung recht beschwerlich. *

* **Motorradunfall.** Auf der Chaussee zwischen Graudenz und Bratwin stieß gestern abend 8 Uhr ein Motorrad, auf dem Herr D. und Frau von hier saßen, mit einem Auto zusammen. Dabei wurde Frau D. ziemlich schwer, ihr Gatte leichter verletzt. Die Schuld an dem Unfall soll der Motorradführer tragen. *

e **Erneuerung des Eisenbahn-Brückenbelages.** Der Bohlenbelag der hiesigen Eisenbahnbrücke war schon ziemlich schlecht, so daß die Passanten Unfälle befürchteten. Nunmehr soll der Bohlenbelag erneuert werden. Es sind bereits große Stapel Bohlen aufgeschichtet, die hierzu Verwendung finden sollen. *

e **Reservistenentlassung.** Am Sonnabend wurden bei hiesigen Truppenteilen Mannschaften entlassen, die zur Reserveübung eingezogen wären. *

## Thorn (Toruń).

**Die Listen zur Stadtverordnetenwahl** liegen, woran nochmals erinnert sei, bis zum 30. Juli in Zimmer 11 des Rathauses zur öffentlichen Einsichtnahme in der Zeit von $\frac{1}{2}$9 Uhr morgens bis $\frac{1}{4}$4 Uhr nachmittags aus. Ein jeder Deutsche hat die Pflicht sich davon zu überzeugen, ob sein Name in den Listen aufgeführt ist, und, falls nicht, sofort seine Eintragung zu beantragen. **

—* **Eine waghalsige Tour** unternahm kürzlich ein hiesiger Sportsmann. In einem sogenannten Seelenverkäufer (kleines Boot) legte er die Strecke Thorn—Graudenz zurück. Schon am 7. Juli unternahm der Sportsmann diese nicht alltägliche Reise bei einem Wasserstand von 4,60 Meter über dem Normalstand, kam aber nur bis Fordon. **

—dt. **Opfer der Weichsel.** Das sechste und siebente Opfer in diesem Jahre forderte die Weichsel in diesen Tagen. Am vergangenen Donnerstag ertrank infolge Herzschlages in der Badeanstalt an der Weichsel die 16-jährige Ella Wakarecy aus der Kopernikusstraße, und am darauffolgenden Tage die 18-jährige Verkäuferin Ella Bayer, tätig bei der Firma Gustav Hayer. Letztere saß auf einem festgebundenen Boot an der Überfähre und wollte mit einer Stange die Tiefe des Wassers messen, als in dem Moment sich das Boot zur Seite legte, die B. ins Wasser fiel und nicht wieder vorkam. Die Leiche des ersten Opfers konnte sofort geborgen werden. **

—dt. **Festnahme von Taschendieben.** Auf dem letzten Wochenmarkte gelang es eine ganz geriebene Taschen- und Handtaschendiebin festzunehmen. Sie „arbeitete“ mit ihrer ganzen „Verwandschaft“, die aus mehreren Personen bestand. Alle drängten sich zusammen und verursachten so ein allgemeines Gedränge, wobei die gerissene Diebin mittels einer scharfen Schere, die Bänder der Damenhandtaschen durchschnitt, die herunterfallende Tasche auffing und „verschwinden“ ließ. Das auf diese Weise gestohlene Geld wurde dann auf Vergnügen und in Cafés ausgegeben. — Während des Marktes wurde auch einem Mańkowski von der Bromberger Vorstadt die Brieftasche mit über 200 zł Inhalt gestohlen. **

—dt. **Selbstmord** durch den Genuß von Karbolsäure verübte am Freitag im Garten des Schützenhauses in der Schloßstraße eine Frau Sodtke aus Zlotterie (Złotorja). Vor einigen Tagen wurde bei einer stattgefundenen Haussuchung der Ehemann der S. verhaftet, und nun wollte die Frau ihren Mann besuchen. Da sie ihn aber nicht sprechen konnte, schlug sie Lärm im Vorraum des Gefängnisses, begab sich darauf in den Schützengarten und trank die Säure. Auf ihre späteren Hilfrufe brachte man sie in das städtische Krankenhaus, wo sie am Sonnabend unter großen Qualen verstarb. **

—dt. **Vieh- und Pferdemarkt.** Auf dem letzten Vieh- und Pferdemarkt waren aufgetrieben: 144 Pferde, 39 Rinder, 35 Fett- und 26 Läuferschweine, 179 Ferkel und 8 Ziegen. Gezahlt wurden für alte Pferde 50—150, Arbeitspferde 125 bis 225, bessere Arbeitspferde 300—400, Zuchtmaterial 500 bis 600, einjährige Fohlen 75 bis 125, zweijährige **Fohlen 200—250, alte Kühe 150—200, frische Milchkühe** 200—300, Sterken 150—225, Fettschweine 58—65 für den Zentner Lebendgewicht, Läuferschweine über 30 Kilo 40—50, unter 35 Kilo 35—40, Ferkel das Paar 24—32, Ziegen 10—15. — Die Hauptvieh- und Pferdemärkte finden jetzt zweimal im Monat statt (am Donnerstag nach dem 1. und Donnerstag nach dem 15. eines jeden Monats). Die Preise für Fettschweine waren wieder im Steigen begriffen. Der Umsatz war im allgemeinen befriedigend. * *

—dt. **Culmsee** (Chełmża), 18. Juli. Am 22. d. M. findet hierselbst ein großer Kram-, Vieh- und Pferdemarkt statt.

* **Dirschau** (Tczew), 18. Juli. Auf dem heutigen Wochenmarkte wurden folgende Durchschnittspreise notiert: Schweinefleisch 0,70—0,90 zł, Rindfleisch 0,60—0,80 zł, Kalbfleisch 0,50—0,60 zł, Wurst 0,80—1,20 zł, Butter 1,70—1,80 zł pro Pfund, Eier 1,70 zł pro Mandel, Aale 1,20—1,70 zł, Hechte 0,60—0,70 zł, Schleie 0,70—0,80 zł, Bratfische 0,40 zł pro Pfund, Hühner Stück 2,50—3,00 zł. Frische Kartoffeln Pfund 8 gr, Zentner 7 zł.

\# **Neuenburg** (Nowe), 19. Juli. Der letzte Sonnabend-**Wochenmarkt** hier brachte nur gerade ausreichend Butter für 1,70—1,80 je Pfund, Eier kosteten ebensoviel die Mandel. Alte Kartoffeln sah man nicht mehr und es wurde für jetzt reichlich vorhandene frische 7—8 zł der Zentner verlangt. Junge Hühner waren für 1,50—1,70, alte für 3—4 das Stück zu haben. Für junges Gemüse forderte man für Mohrrüben 10, Kohlrabi 20, Zwiebeln 15 gr für das Bund, Gurken 80—1 (Stück), grüne Bohnen 25 gr (Pfund). Waldfrüchte kosteten Pilze 40, Blaubeeren 25, Erdbeeren 40 je Pfund. Johannisbeeren gab es für 25—30, Sauerkirschen für 60 das Pfund. An Fischen wurden für Schleie 1,20, Hechte, Barse und dünnere Aale 1 zł das Pfund verlangt.

\# **Neuenburg** (Nowe), 18. Juli. Ein **Einbruch** in die Forstkasse Neuenburg ist in der Nacht zum Donnerstag verübt worden. Durch Anbohren des nach dem Hofe zu gelegenen Fensters vermochten die Diebe dieses zu öffnen und einzudringen. Der Kassenschrank ist von seinem Standort abgerückt und von der Hinterwand aus aufgebrochen worden. Hierbei sind den Tätern etwas über 4000 zł in die Hände gefallen. Glücklicherweise ist kurz zuvor eine größere Summe abgesandt worden, sonst hätten die Diebe noch reichere Beute gemacht. Einige Verhaftungen sind in dieser Angelegenheit bereits erfolgt.

* **Stargard** (Starogard), 16. Juli. Am Dienstag Mittag brach auf dem Ausbau des Besitzers J. Konkel in Kottisch Feuer aus, wobei zwei Ställe und eine Scheune niederbrannten. Das darin befindliche lebende Inventar konnte außer den Hühnern gerettet werden, vom toten Inventar verbrannte die Dreschmaschine. Die Baulichkeiten waren mit Stroh gedeckt und ist das Feuer durch Funken von einem Nachbargrundstück entstanden. Der Besitzer, welcher sich bei den Rettungsarbeiten Brandwunden im Gesicht zuzog, erleidet durch das Brandunglück einen größeren Schaden, da nur die Scheune und ein Stall mit insgesamt 4500 zł versichert waren.



## Briefkasten.

**M. B. in W.** Wenn der fragliche junge Mann der Kat. A angehört, und noch in keiner Armee gedient hat, kann er zum aktiven Dienst und auch zur Reserveübung eingezogen werden.

**A. Sch. in C.** Da Sie auf jetzt zum polnischen Staat gehörigem Gebiet geboren sind, sind Sie auf Grund des Versailler Vertrages und der Wiener Konvention vom 30. 8. 24 polnischer Staatsangehöriger.

**O. F.** Ohne Vorbehalt angenommene Zahlungen können nachträglich nicht angefochten werden. (§ 40 der Verordn. vom 14. 5. 24.) Deshalb erscheint uns die Nachforderung Ihrer Gläubigerin unbegründet.

**W. P.** 1. Ja. Durch den Wechsel ihres Besitzers hat die Hypothek ihren Charakter als Restkaufgeldhypothek nicht verloren. Die hypothekarische Sicherung der Forderung wird auf höchstens $18\frac{3}{4}$ Prozent umgerechnet, die Forderung selbst wird auf mindestens 50 Prozent aufgewertet. 2. Die Zinsforderung ist berechtigt; die rückständigen Zinsen werden nach der Höhe des Aufwertungsbetrages berechnet. Gültig ist die polnische Aufwertungsverordnung.

**Frau B. N. in F.** 1. Ein solcher Zoll besteht nicht. 2. Das Gesetz über die Beschlagnahme von Wohnungen oder Teilen von solchen ist nicht mehr in Kraft.

**A. L. D. 49.** An **Kapital** hätten Sie zu fordern 1666,20 Zł. und an Zinsen für 3 Jahre 555,55 Zł. Zusammen also 2221,75 Zł.

**W. L. 150.** 60 Prozent. Davon wäre in Abzug zu bringen der Zlotywert des am 30. 4. 1921 gezahlten Betrages.

**H. Z. in N.** 1. An Kapital etwa 60 Prozent = 1428 Zł., an Zinsen zu 5 Prozent für $3\frac{1}{4}$ Jahr rd. 232 Zł. 2. Den Aufwertungssatz bei den Sparkassen setzt ein Regierungskommissar fest. Sie müssen sich bei der betr. Kasse selbst erkundigen.

**A. F. in Rz.** 300 Zloty.

**J. B. 2.** 1. Im letzten Vierteljahr 1917 1,20 Mk. = 1 Zł., Dezember 1919 7 deutsche Mark = 1 Zł. 2. An Kapital etwa 60 Prozent, von 10 000 Mk. = 8333 Zł.; das macht 4999,80 Zł. Die Zinsen müssen Sie sich selbst berechnen.

**A. M. in G.** Sie können das Kapital zur Rückzahlung kündigen; der Termin 1. 1. 27 hat für Restkaufgeld keine Bedeutung. Die Aufwertung beträgt etwa 60 Prozent. Die rückständigen Zinsen sind nachzuzahlen entsprechend dem Ihnen zugebilligten Prozentsatz des Kapitals.

**Nr. 100.** 1. Mit etwa 60 Prozent. Über den neuen Zinsfuß bedarf es einer Verständigung zwischen den Parteien, evtl. unter Zuziehung des Gerichts. Die rückständigen Zinsen sind fällig und müssen nachgezahlt werden. 2. Wenn die Hypothek von 3000 Mark, die Ihnen in Zahlung gegeben wurde, gleichfalls Restkaufgeld war, wird sie ebenfalls auf etwa 60 Prozent aufgewertet. 3. Als Restkaufgeldhypotheken, d. h. gleichfalls mit 60 Prozent. Der Vorbesitzer als persönlicher Schuldner kann in Anspruch genommen werden.

**H. W., Graudenz.** 1. Die Hypothek bleibt Restkaufgeld, sie wird auf $18\frac{3}{4}$ Prozent aufgewertet; die Forderung selbst aber, die durch die Hypothek gesichert werden sollte, wird auf ca. 60 Prozent aufgewertet. 2. Vom 1. 7. 24 ab können höhere Zinsen verlangt werden, es muß aber darüber ein Übereinkommen zwischen den Parteien stattfinden. Im Bedarfsfalle entscheidet das Gericht. 3. und 4. Wie unter 1 und 2. 5. Zu verklagen ist der im Grundbuch eingetragene Eigentümer resp. dessen Erben. Was der Verkäufer seinerzeit mit seinem Käufer vertraglich abgemacht hat, kann dem Gläubiger ganz gleichgültig sein.

**Nr. 22.** Ihre Hypothekengeschichten sind uns etwas schleierhaft; sind das Hypotheken, die auf Ihrem Besitz lasteten oder noch lasten? Aus Ihrer Darstellung ist das nicht ersichtlich. Wenn es sich in der Tat um Restkaufgeldhypotheken handelt, dann wird die Forderung auf etwa 60 Prozent aufgewertet, die hypothekarische Sicherung auf $18\frac{3}{4}$ Prozent.

**T. K. 33.** Dieses Geld ist unserer Ansicht nach eine einfache Darlehnshypothek, die mit 15 Prozent aufzuwerten ist.

**W. O. I.** Wenn der Betrag fällig ist, muß der Schuldner zahlen, und zwar etwa 60 Prozent der Summe.

**S. 100.** Da die Darlehen nach dem 1. Januar 1922 hergegeben sind, ist Aufwertung nur möglich im Falle des Verzuges des Schuldners. Bezüglich der in Ihrer Anfrage an erster Stelle genannten Summe wissen wir nicht, unter welchen Bedingungen der Betrag im Geschäft belassen wurde, können deshalb eine Auskunft auch nicht erteilen.

**E. K. 100.** Zum Schreiben vom 29. 5. ohne Unterschrift. Angenommene Zahlungen können nachträglich nicht angefochten werden.

**A. H. 34.** Das war ein sehr karges Leibgedinge, das Sie sich ausbedungen haben. Die 300 000 Mark waren nur 38 Zloty wert, und die jährlichen Zinsen zu 10 Prozent machen nur 3,80 Zloty aus. Und nach der Aufwertungsverordnung vom 14. 5. 24 haben Sie nur auf 60 Prozent des Kapitals und also auch der Zinsen Anspruch. Wir wünschen Ihnen, daß Sie sich mit Ihren Kindern auf einer gerechten Grundlage einigen.

**J. F. in Sz., Kreis Culm.** Da diese Hypothek, wie aus dem Schreiben des Rechtsanwalts ersichtlich ist, ein halbes Jahr nach dem Tode Ihres Vaters fällig war, müssen Sie sie jetzt entgegennehmen. Aber wir sind der Ansicht, daß sie nicht mit 15 Prozent, sondern mit 60 Prozent aufgewertet werden muß. Es handelt sich unserer Ansicht nach hier sicherlich um eine Art Restkaufgeld oder um die Teilung gemeinschaftlichen Vermögens zu der Zeit, als Ihr Vater die Verfügung bez. der genannten Hypothek traf. (§ 29 f der Verordnung vom 14. 5. 24.) Die Aufwertung zu 15 Prozent betrifft nur Darlehnshypotheken, und daß es sich hier nicht um eine Darlehnshypothek handelt, darüber kann nicht der geringste Zweifel obwalten.

## Die deutsche Regierung zum Stargarder Eisenbahnunglück.

**Berlin**, 17. Juli. (WTB.) In dem Streitfall über das Stargarder Eisenbahnunglück vom 1. Mai d. J. hat die deutsche Regierung Ende Juni d. J. dem Vorsitzenden des Danziger Schiedsgerichts für den Durchgangsverkehr die deutsche Replik überreichen lassen. Darin wird unter Beibringung reichlichen Beweismaterials die Behauptung aufrechterhalten, daß die Durchgangsstrecke Dirschau—Marienburg sich zur Zeit des Unfalles nicht in ordnungsmäßigem Zustande befunden habe und daß somit die polnische Regierung die ihr nach dem sogenannten Korridorabkommen obliegende Verpflichtung zur normalen Instandhaltung der Durchgangsstrecke nicht erfüllt habe. In diesem Zusammenhang ist auch auf den schlechten Unterhaltungszustand der Pfeiler der Eisenbahnbrücke über die Weichsel bei Dirschau hingewiesen worden, die an einer Stelle einen langen Riß zeige.

Von großer Bedeutung ist auch die Frage, wer für die Folgen des Eisenbahnunglücks haftet. Polnischerseits ist die Ansicht vertreten worden, der polnische Fiskus sei von der Haftpflicht befreit worden, weil das Unglück durch ein Attentat herbeigeführt wurde und somit höhere Gewalt vorliege. Diese Auffassung kann die deutsche Regierung nicht als zutreffend anerkennen. Abgesehen davon, daß der Beweis für das Vorliegen eines Attentats bisher nicht erbracht ist, ist darauf hinzuweisen, daß ein Attentat an sich durchaus nicht höhere Gewalt im Sinne des Haftpflichtgesetzes darstellt, daß vielmehr die Sicherungsmaßnahmen bis zur Grenze des Möglichen gehen müßten.

**Die deutsche Regierung hat daher unter eingehender Darlegung ihres Rechtsstandpunktes der polnischen Regierung in einer am 10. d. M. in Warschau überreichten Note erklärt, daß sie für die Folgen des Unglücks den polnischen Eisenbahnfiskus gemäß dem Haftpflichtgesetz vom 7. Juni 1871 haftbar mache. Demgemäß wird sie durch das Reichsverkehrsministerium der polnischen Eisenbahndirektion in Danzig die Schadenersatzansprüche der geschädigten Personen oder ihrer Hinterbliebenen übermitteln.**

## Die Danziger Hafenkommission.

**Genf**, 17. Juli. Die vom Völkerbundsrat mit der Prüfung der Frage der Abgrenzung des Danziger Hafengebietes unter postalischen Gesichtspunkten beauftragte Völkerbundskommission trat heute in Genf zu ihrer ersten Beratung zusammen. Die Kommission nahm Kenntnis von dem vorliegenden Aktenmaterial und beschloß, sich bereits morgen nach Danzig zu begeben. Die Mitglieder der Kommission, der frühere Präsident des Danziger Hafenausschusses, der schweizerische Oberst de Reynier, der Brasilianer Don Tarrorynos, der Belgier Hostier und der Holländer Schneuder beabsichtigen, etwa acht Tage in Danzig zu bleiben und alsdann ihre Arbeiten in Genf wieder fortzusetzen.

## Polnischer Unterricht im Regierungsbezirk Allenstein.

**Berlin**, 15. Juli. Der Landtagsabg. Baczewski berief sich in einer kleinen Anfrage auf Ausführungen des Vertreters des Kultusministers im Preußischen Unterrichtsausschuß, wonach die Bestimmungen über die Einführung des polnischen Lese- und Schreibunterrichts in den Volksschulen des Regierungsbezirks Allenstein loyal durchgeführt würden. Diese Tatsache wurde in der kleinen Anfrage bestritten und im Anschluß daran Auskunft über die Art der Erteilung des polnischen Unterrichts verlangt.

Wie der amtliche preußische Pressedienst auf Grund der Antwort des preußischen Unterrichtsministers mitteilt, ist der Erlaß vom 31. Dezember 1918 über den unter bestimmten Voraussetzungen zu erteilenden polnischen Unterricht an öffentlichen Volksschulen von der Regierung in Allenstein ordnungsmäßig ausgeführt worden. Besonderer ministerieller Anordnungen bedurfte es hierzu nicht. Nach sorgfältig vorgenommenen Feststellungen aus jüngster Zeit liegen aus drei Schulverbänden des Bezirks Allenstein Anträge auf Einführung des polnischen Unterrichts für mehr als 12 Kinder vor. Die in Frage kommenden Schulverbände haben die Tragung der Kosten wiederum abgelehnt. Aus diesem Grunde wurde das Anforderungsverfahren eingeleitet. Die Lösung der Lehrer- und Lehrbücherfrage ist vorbereitet und wird ohne erhebliche Schwierigkeiten durchgeführt werden können.

## Kleine Rundschau.

* **Hitzwelle in Amerika.** Wie aus Neuyork gemeldet wird, wurde der östliche Teil der Vereinigten Staaten von einer Hitzwelle heimgesucht, die zwei Tage lang dauerte. Mehr als 60 Personen sind an Hitzschlag gestorben und 26 Personen ertranken beim Baden.

* **Entdeckung des Krebsbazillus?** London, 14. Juli. In der Londoner medizinischen Welt hat die Entdeckung des Krebsbazillus durch die Doktoren William Gye und Jac Bernard großes Interesse hervorgerufen. Nach vierjährigen mikroskopischen Untersuchungen, wofür sie reichliche staatliche Beihilfen erhielten, ist es kürzlich den genannten Doktoren gelungen, die Ursache dieser schrecklichen und bisher unheilbaren Krankheit zu entdecken. Dr. Gye erklärte, daß erst jetzt die Rede davon sein könne, an eine entsprechende Behandlung der Krankheit zu denken.

---

# Rundschau des Staatsbürgers.

**Zur Bezahlung der Handelspatente** der beiden ersten Kategorien müssen bis zum 1. August dieses Jahres die Deklarationen über den Umsatz im ersten Halbjahr 1925 dem Steueramt vorgelegt werden. Das Nichtvorlegen dieser Deklarationen zieht eine Strafe bis zu 341 zł nach sich, sowie Nichtbeachtung eventueller Stundungsanträge. Auch die Inhaber der Patente der 3. und 4. Kategorie können ihre Deklarationen vorlegen.

### Alters- und Arbeitsunfähigkeitsversicherung.

Laut Gesetz vom 13. 5. 25 hat die Verordnung des Staatspräsidenten der Republik Polen vom 26. 6. 1924, betr. Alters- und Arbeitsunfähigkeitsversicherung, eine teilweise Abänderung erfahren. Vom 1. Juli d. J. sind die nachstehend aufgeführten Lohnklassen und Wochenbeiträge maßgebend: Klasse I: Jährlicher Verdienst bis 500 zł, wöchentlicher Beitrag 30 gr; Klasse II: Jährlicher Verdienst von 500—700 zł, wöchentlicher Beitrag 45 gr; Klasse III: Jährlicher Verdienst von 700—900 zł, wöchentlicher Beitrag 60 gr; Klasse IV: Jährlicher Verdienst von 900—1200 zł, wöchentlicher Beitrag 75 gr; Klasse V: Jährlicher Verdienst über 1200 zł, wöchentlicher Beitrag 90 gr.

### Neue Liquidationen.

Dem Staatsfiskus überwiesen wurden durch Beschluß des Posener Liquidationskomitees die Rentenansiedlungen Sumin Nr. 38, Kreis Stargard, eingeschrieben im Grundbuch der Gemeinde Sumin, Band II, Blatt 36, Umfang 20,11,98 Hektar, Bes. Hermann Bohlmann und dessen Ehefrau Ida, geb. Weunin, und Żabikowo, Kreis Posen, eingeschrieben im Grundbuch der Gemeinde Żabikowo, Band VII, Blatt 168, Umfang 0,71,36 Hektar, Bes. Charlotte Draeger, geb. Lemke.

### Herabsetzung der Renten für die Kriegsverletzten und Veteranen.

Im Sinne einer Verfügung der Finanzbehörden wurden für den Monat Juni die Renten für alle Rentenempfänger der Eisenbahn, für die Kriegsverletzten, für die Veteranen aus dem Aufstande 1863 und für deren Angehörige um 3 Prozent herabgesetzt.

### In Sachen der Umsatzsteuer.

Die Finanzbehörden ziehen gegenwärtig mit aller Energie die nichtentrichteten Umsatzsteuern für das zweite Halbjahr des Jahres 1924 ein. Es kommt vor, daß die Behörden die Steuern nach dem bereits früher ermessenen Steuersatz einziehen, abgesehen davon, daß in vielen Fällen die zweite Instanz die Steuersumme abgeändert hat. Um diesem aus dem Wege zu gehen, haben sich kaufmännische Kreise an die Steuerämter mit der Bitte gewandt, die Steuern nur in dem Umfang einzuziehen. wie sie die zweite Instanz festgesetzt hat. Dank dieser Bemühungen haben die Finanzkammern bereits an die Steuerämter die entsprechenden Verordnungen erlassen.

# Aus Stadt und Land.



**Bromberg, 20. Juli.**

### Sommerhitze, Bierverbot und Unglücksfälle.

Die Hundstage haben sich in diesem Jahre ziemlich genau um vier Wochen verspätet und lasten jetzt mit ihrer Sonnenglut auf dem Lande. Die Getreidefelder haben endgültig die gelbe Erntefarbe angenommen, überall ist mit der Ernte begonnen, und viele Roggenfelder stehen schon in Stiegen. Den letzten meteorologischen Berechnungen nach soll das schöne Sommerwetter vorläufig anhalten. Der Barometerhochdruck verschiebt sich über England, Skandinavien und Finnland nach Norden. Das wird im mittleren und südlichen Europa, wo es bisher dauernd geregnet hat, eine trockene Witterung veranlassen. Im Süden Polens, nämlich in Krakau, Lemberg und in den Karpathen, wird es noch einige Tage regnen, alsdann wird auch hier eine Erwärmung eintreten, doch wird diese wegen der bevorstehenden Nordwinde nicht groß sein. Bei uns hat sich dieser Witterungsumschlag erfreulicherweise schon seit Anfang der vorigen Woche bemerkbar gemacht.

Die zeitweise unerträglich heiße Sonne lenkt die Bewohner unserer Stadt an freien Nachmittagen und Sonntagen in die dämmerige Kühle schattiger Bäume. Daher erfreuen sich auch die Gartenlokale in diesen Tagen eines recht guten Besuches. Leider ist es nun den Verehrern eines guten Schluckes Bier versagt, den edlen Gerstensaft nach einem Sonntagsspaziergang im kühlen Schatten zu genießen, man muß sich schon mit einer Zitronenlimonade oder ähnlichen Getränken abfinden. Das geht vielen sehr nahe, einem Bürger unserer Stadt sogar so nahe, daß er sich darob das Leben nehmen wollte. Ja, auch in einer jungen Republik ist man nicht immer frei.

Die heißen Tage haben aber noch eine andere sehr üble Folge (womit nicht gesagt sein soll, daß das Bier- und Weinverbot eine Folge dieser Hitze ist). Man ist beim Baden sehr unvorsichtig, und es sind in den letzten Tagen eine ganze Anzahl von Unglücksfällen vorgekommen. Dem Leser unseres lokalen Teiles wird dieses bereits aufgefallen sein. Am Jesuitersee haben sich gestern zwei weitere Fälle ereignet, von denen der eine einen tödlichen Ausgang nahm. Es ertrank eine Person, während in dem anderen Falle eine Frau mit knapper Müh von dem Tode des Ertrinkens gerettet werden konnte. In hiesigen Bürgerkreisen empfindet man es als Mangel, daß die Stadt sich nicht um den Bau einer weiteren Badeanstalt bemüht, da die einzige Badeanstalt Brombergs, die Petersonsche, den Badebedürfnissen der ganzen Stadt nicht entsprechen kann.

Schon vor dem Kriege hat man hier angefangen, Geld zu sammeln zur Errichtung eines Hallenschwimmbades. Es sollen ca. 40 000 Mark zusammengekommen sein, die auch auf der Stadtsparkasse liegen sollen, leider jetzt entwertet. Die Stadt sollte ein Terrain zur Verfügung stellen, vielleicht das der früheren Dyckschen Schneidemühle, oder den kleinen Holzhafen an der Eisenbahnbrücke. Dort könnte durch Fortnahme des Weges, welcher Brahe und Hafen trennt, durch Ausbaggern des Teiches und Anschütten von Sand sehr schnell und mit wenig Kosten eine gute Badeanstalt geschaffen werden. Der Weg neben der Brahe könnte durch einen Holzsteg auf Pfählen ersetzt werden. Alle Sportvereine würden gern zu den Kosten beitragen, Sammlungen und freiwillige Spenden könnten helfen, auch Kranken- und Invalidenkasse müßten helfen, denn wieviel Krankheit wird doch verhindert durch ein gutes Bad! Außerdem aber würde sicherlich ein großer Teil der Unglücksfälle beim Baden verhindert werden, wenn der Bevölkerung genügend Gelegenheit gegeben wird, in Badeanstalten unter Aufsicht zu baden.

---

§ **Mitgliederversammlung der Bäcker-Innung.** Am letzten Donnerstag fand eine außerordentliche Mitgliederversammlung der hiesigen Bäcker-Innung statt. Auf der Tagesordnung standen unter anderem zwei Punkte zur Beratung, welche neben dem sachlichen ein allgemeines Interesse beanspruchen dürften. Es sind dieses die Fragen des Hefeverkaufs und des Nachtbackverbotes. Die rege Debatte in der Hefefrage ergab die einstimmige Ablehnung der Bezugsbedingungen der in einem Syndikat zusammengeschlossenen Hefefabriken in Polen. Es wurde eine Resulution angenommen, gerichtet an die Interessenvertretung sämtlicher Bäcker-Innungen im Teilgebiet Posen zu Poznań, in welcher gefordert wird, mit allen Mitteln dahingehend zu wirken, daß die Bedingungen des Hefeverbandes, welche einer Diktatur gleichkommen, abgeändert werden. In diesem Zusammenhang wurde auch gegen die hohe Besteuerung der Hefe (pro Kilo 1,16 zł) Stellung genommen. Es soll erreicht werden, daß Hefe, als unentbehrlicher Artikel zur Herstellung des Brotes, von der Steuer befreit wird. Zum Nachtbackverbot erstattete der Obermeister Bericht über die internationalen Verhandlungen in Genf, welche eine einheitliche Regelung dieser Frage zum Ziele hatten. Leider wurde dieses Ziel nicht ganz erreicht. Die einzelnen Länder nahmen hier verschiedene Standpunkte ein. Hier in Polen ist trotz des gesetzlichen Nachtbackverbots die Nachtarbeit in den Bäckereien mehr oder weniger eingeführt, gewiß ein Rückschritt in gesundheitlicher und kultureller Hinsicht. Schuld daran trägt zum großen Teil die schrankenlose Konkurrenz im Gewerbe. Es ist festgestellt worden, daß einige Bäckereien schon abends um 9 Uhr mit der Arbeit beginnen.

§ **Die Annahme von Kleingeld durch die Bank Polski.** Die hiesige Filiale der Bank Polski gibt bekannt, daß sie Kleingeld bis einschließlich der 5-Złoty-Scheine bis zu einer Höhe von 50 Prozent der gesamten eingezahlten Summe, Nickelgeld dagegen nur bis zu einer Höhe von 10 Prozent dieser Summe annimmt. Anscheinend hat also die hiesige Zweigstelle bisher noch nicht die Verfügung des Aufsichtsrates der Bank Polski erhalten, der auf seiner Sitzung anfangs dieser Woche alle Beschränkungen bei der Annahme von Kleingeld aufgehoben hat.

§ **Tollwutanfälle in der Wojewodschaft Posen.** In der Zeit vom 1. bis 15. Mai d. J. herrschte die Tollwut in der Wojewodschaft Posen in 29 Kreisen, 92 Gemeinden und auf 111 Gehöften, und zwar (die erste Zahl drückt die Anzahl der verseuchten Gemeinden, die zweite die der verseuchten Gehöfte aus) in: Bromberg Kreis 2, 2, Kolmar 8, 9, Czarnikau 2, 2, Gnesen 3, 3, Gostyn 1, 1, Inowrocław 2, 5, Kempen 1, 1, Kosten 2, 3, Krotoschin 1, 1, Lissa 2, 2, Birnbaum 1, 1, Neutomischel 1, 1, Obornik 7, 10, Adelnau 2, 2, Ostrowo 2, 2, Schildberg 4, 12, Pleschen 4, 4, Posen Kreis 4, 5, Schrimm 2, 2, Schroda 3, 3, Samter 4, 4, Strelno 1, 1, Schubin 1, 1, Wongrowitz 6, 6, Witkowo 1, 1, Wollstein 3, 3, Wirsitz 15, 16, Wreschen 5, 5 und Znin 2, 3.

§ **Aus Verzweiflung über das Bierverbot** an Sonntagen hat sich am Sonnabend der 39jährige Tischler Wojciech Rosenau, Hofstraße (Jana Kazmierza) 5, nahe der Danziger Brücke in die Brahe gestürzt. Ihm zugeworfene Seile beachtete er nicht, da er wirklich sterben wollte. Er wurde aber schließlich doch aus dem Wasser geholt. Bei seiner Vernehmung sagte er aus, daß er sich aus Verzweiflung über das Bierverbot an Sonnabenden und Sonntagen habe das Leben nehmen wollen.

§ **Ein schweres Schadenfeuer wütete** heute nacht in Schleusendorf (Miedzyn). Gestern abend brach aus bisher noch unbekannten Ursachen auf dem Grundstück der Marta Neumann in Schleusendorf, Schulstraße (ul. Pijarów) 59, Feuer aus, das sich rasch auf die Wirtschaftsgebäude und das dem Juljan Bednarowski gehörige Nachbargrundstück ausbreitete. An eine Löschung des Feuers konnte nicht gedacht werden, da die Gebäude schon alt waren und die Häuser unter Strohdach standen. Die Feuerwehr wurde gestern abend gegen 10 Uhr alarmiert, mußte sich aber darauf beschränken, ein weiteres Ausbreiten des Feuers über die beiden Gehöfte hinaus zu verhindern. Erst gegen 4 Uhr morgens kehrte sie von der Brandstelle zurück. Über die Ursachen der Entstehung des Feuers sowie die Höhe des Schadens ist no chnichts bekannt. Es ist jedoch anzunehmen, daß das Strohdach des Hauses der Neumann durch Funken aus dem Herd entzündet wurde. Die Gehöfte sind beide vollständig niedergebrannt.

§ **Deutsche Ruderer retten einen polnischen Soldaten.** Zwei Mitglieder des Ruder-Clubs Frithjof, die am Sonntag eine Tour auf die Oberbrahe unternommen hatten, gelang es, bei Oplawitz einen Soldaten vom Infanterie-Regiment Nr. 68 vom Tode des Ertrinkenes zu retten. Der Verunglückte wurde von der gerade bei Oplawitz sehr reißenden Strömung der Brahe fortgerissen und hatte sich im Kraut verwickelt. Als er geborgen wurde, hatte er bereits das Bewußtsein verloren. Von den beiden Rettern sofort angestellte Wiederbelebungsversuche hatten Erfolg. Der Bewußtlose erholte sich schnell und sprach seinen Lebensrettern seinen Dank aus. Es verdient erwähnt zu werden, daß es den gleichen Herren im vorigen Jahre gelang, einen polnischen Studenten und eine polnische Frau den Fluten der Weichsel zu entreißen.

§ **Beim Baden ertrunken** ist gestern nachmittag gegen ½2 Uhr der 17jährige Wilhelm Strelau, wohnhaft Elisabethstraße (Sniadeckich) 46. Er badete mit einigen Kameraden in dem Holzhafen an den Eisenbahnbrücken und erlitt dabei einen Herzschlag.

§ **Diebstahl.** Am Sonnabend stahl eine gewisse Marta Gruntkowska dem Unteroffizier Ludwig Patla eine Geldsumme in Höhe von 310 Złoty.

§ **In polizeilicher Aufbewahrung** im 4. Polizeirevier befindet sich ein brauner, leerer Handkoffer, der allem Anschein nach aus einem Diebstahl herrührt. Geschädigte können sich dort melden.

§ **Aufgefundene Leichen.** Heute morgen wurde in der Brahe an der Hermann-Frankestraße (Hermana Frankiego) die Leiche des 18jährigen Hans Kotarski aufgefunden. In der letzten Nacht war er noch mit einigen Kameraden zusammen. Über die Ursachen des Ertrinkens des K. ist noch nichts Näheres bekannt. Ferner ist nunmehr auch die Leiche des am vergangenen Donnerstag nahe der „Lasmet"-Werke ertrunkenen Lisiecki aufgefunden.

§ **Ermittelte Einbrecher.** Vor einigen Tagen berichteten wir von einem Einbruchsdiebstahl bei Herrn Hecker, Rinkauerstraße (Pomorska) 22/23, bei dem Garderobe und Wäsche im Gesamtwerte von 2000 zł gestohlen wurde. Es gelang nunmehr der Kriminalpolizei, die Täter festzunehmen. Als Haupttäter wurde ein gewisser Josef Opurkowski, wohnhaft Chausseestraße (Grunwaldzka) 114, verhaftet.

§ **Festgenommen** wurden in der Zeit von Sonnabend bis heute neun Personen, davon vier wegen Trunkenheit und zwei Bettler.

*

### Vereine, Veranstaltungen 2c.

**Deutsche Bühne Bydgoszcz, T. z.** „Sechs Personen suchen einen Autor", „ein Stück, das gemacht werden soll", ist jetzt — man darf es ohne Übertreibung sagen — die große Sensation auf dem Gebiete dramatischer Produktion, von der die Welt spricht. Die Deutsche Bühne glaubt, dieses einzig dastehende (auch das gilt wieder ohne Übertreibung) dramatische Experiment Bromberg nicht vorenthalten zu dürfen — trotz und gerade wegen der auffälligen Kühnheit seiner Idee. Die Ausführung der schwierigen Aufgabe, Pirandellos — des italienischen Dichter-Philosophen und augenblicklichen Beherrschers des internationalen Bühnenmarktes — eigenwegigstes und gleichzeitig bekanntestes Dramenerzeugnis uns näher zu bringen, hat sie dem Schauspielensemble des Danziger Stadttheaters übergeben. Die einmalige Aufführung ist auf den 28. d. M. angesetzt und wird das letzte Gastspiel der Truppe sein. Näheres später. (8842

**Verein Freundinnen junger Mädchen.** Außerordentliche Versammlung Dienstag, den 21. d. M., 4 Uhr, im Saale des Deutschen Hauses. Zahlreiches Erscheinen erwünscht. (5830

* * *

* **Bojanowo,** 16. Juli. Im benachbarten Bärsdorf (Golaszyn) weilte bei seinen Eltern der jugendliche Handlungsgehilfe Perlikowski aus Posen und ging häufig auf der Wiese barfuß. Hierbei riß er sich eine nur leicht vernarbte Fußwunde auf, in die aus der Erde Bazillen gerieten. Er erkrankte an Wundstarre und war in 24 Stunden tot.

* **Ostrowo,** 15. Juli. In Antonin, dem Fürsten Ferdinand Radziwill gehörend, brannten eine Scheune und zwei mit Gerätschaften gefüllte Schuppen nieder. Der Schaden beträgt 6000 zł. Das Feuer hat ein 5jähriger Junge veranlaßt, der mit Streichhölzern spielte.

* **Kempen** (Kępno), 17. Juli. In der Nacht zum 15. d. M. brannte das Wohnhaus des Fleischermeisters Malak in der Bahnhofstraße. Als die Feuerwehr kam, stand das ganze Haus bereits in Flammen. Es konnte nur ein kleiner Teil Möbel gerettet werden. Wie das „Kemp. Wochenbl." hört, soll Brandstiftung vorliegen.

* **Posen** (Poznań), 18. Juli. In der vergangenen Nacht wurde an den Wällen in der Nähe von Główno ein Mann besinnungslos mit allen Anzeichen von Vergiftung vorgefunden. Nach den bei ihm vorgefundenen Papieren handelt es sich um einen Anton Janke. In seinem Besitz wurde ein Fläschchen mit Lysol gefunden. Er starb bald nach seiner Einlieferung in das Stadtkrankenhaus an Vergiftung.

* **Neutomischel** (Nowy Tomyszl), 17. Juli. **Was einer Zigeunerbande gestohlen werden kann.** Eine unser Gebietsteil durchziehende Zigeunerbande hat der Polizei davon Anzeige gemacht, daß ihr in dem Walde von Posadowo, Kr. Neutomischel, folgende — man höre und staune! — Gegenstände im Gesamtwerte von 2320 zł gestohlen worden sind: 900 zł bares Geld, ein Zwanzigmarkstück, 8 goldene Ringe im Werte von 200 zł, ein Brillantring (!) im Werte von 300 zł, Herren- und Damenwäsche (!) im Werte von 400 zł, 6 Daunen(!)-Kopfkissen für 400 zł, 3 silberne Löffel für 50 zł usw. Wie man sieht, verstehen es auch die glutäugigen Pußtasöhne und -töchter, zeitgemäß zu leben.

# Wirtschaftliche Rundschau.

**Italien kauft russische Kohle.** Wie die „Katt. Ztg." erfährt, soll die italienische Regierung große Abschlüsse mit der sowjetrussischen Außenhandelsstelle für Kohle gemacht haben. Es handelt sich um die Lieferung bedeutender Mengen von Donkohle, die sich erheblich billiger stellt als die polnisch-oberschlesische Kohle. Infolgedessen hat offenbar Polen wenigstens von seiten der italienischen Regierung keine Kohlenbestellungen zu erwarten. Die ganze so pomphaft angekündigte „Aktion" zur Einrichtung eines großen Kohlenexportes nach Italien scheint ein Schlag ins Wasser zu sein.

### Geldmarkt.

**Der Złoty am 18. Juli.** Neuyork: Überweisung Warschau 19,20; Zürich: Überweisung Warschau 98,55; London: Überweisung Warschau 25,43.

**Züricher Börse vom 18. Juli.** Neuyork 5,15¹/₁₆, London 25,03¹/₄, Paris 24,27¹/₂, Holland 206,70, Berlin 122,57.

**Die Bank Polski** zahlte heute für 1 amerik. Dollar, große Scheine 5,18, kleine Scheine 5,17, engl. Pfund Sterling 25,27, 100 franz. Franken 24,43, 100 Schweizer Franken 100,90.

### Aktienmarkt.

**Kurse der Posener Börse vom 18. Juli.** Bankaktien: Bank Zw. Spółek Zarobk. 1.—11. Em. (exkl. Kupon) 7,50. Polski Bank Handl., Poznań, 1.—9. Em. (exkl. Kupon) 3,70. Pozn. Bank Ziemian 1.—5. Em. (exkl. Kupon) 3,00. — Industrieaktien: R. Barcikowski 1.—7. Em. (exkl. Kupon) 0,80. H. Cegielski 1. bis 10. Em. (50 Zł.-Aktie) 17,50. Centrala Rolników 1.—7. Em. 0,45. Goplana 1.—3. Em. 6,90. Dr. Roman May 1.—5. Em. 23,00. Młyn Ziemiański 1.—2. Em. 1,40. Pozn. Spółka Drzewna 1. bis 7. Em. 0,45. Spółka Stolarska 1.—3. Em. 1,35. Starogard. Mebl. Fabr. 1.—2. Em. 0,45. „Tri" 1.—3. Em. 15,00. „Unja" (vorm. Bentzki) 1.—3. Em. (exkl. Kupon) 5,00. Wagon Ostrowo 1.—4. Em. (exkl. Kupon) 1,10. Tendenz: anhaltend.

### Produktenmarkt.

**Danziger Produktenbericht vom 18. Juli.** (Nichtamtlich.) Preis pro Zentner in Danziger Gulden. Weizen 128—130 Pfd. flau 16,50—17,25, Weizen 125—127 Pfd. flau 15,75—16,50, Roggen flau 15—16, Wintergerste stetig 12,50—13,25, Futtergerste stetig 15,60 bis 15,80, Hafer fest 15,60—15,80, kleine Erbsen stetig 13—14, Viktoriaerbsen stetig 15—17, Roggenkleie stetig 11,75, Weizenkleie stetig 11,75, Weizenschale stetig 12. Großhandelspreise per 50 Kg. waggonfrei Danzig.

**Berliner Produktebericht vom 18. Juli.** Amtliche Produktennotierungen per 1000 Kg. ab Stationen. Weizen Lieferung Juli 273,50—271,50, Tendenz fest, Roggen märk. einfach ohne Umsatz, neuer 198—203, Lieferung Juli 210—208,50, flau, Wintergerste und neue 190—194, Futtergerste 200—215, matt, Hafer märk. 245—255, Lieferung Juli 190,50, fest, Mais loko Berlin 214—216, fest, Weizenmehl per 100 Kg. 33,75—36,50, fest, Roggenmehl 30—32,25, matt, Weizenkleie 13—13,20, stetig, Roggenkleie 13,50, stetig, Raps für 1000 Kg. 340—345, matter, Viktoriaerbsen für 100 Kg. 29—34, kleine Speiseerbsen 25—26,50, Futtererbsen 22—26, Peluschken 23—26,50, Ackerbohnen 24—26, Wicken 26—27,50, blaue Lupinen 12—13, gelbe Lupinen 15—16,50, Rapskuchen 15,80—16, Leinkuchen 22—22,20, Trockenschnitzel prompt 11—11,20, Zuckerschnitzel 17,50—19, Torfmelasse 9,60—9,75, Kartoffelflocken 25—25,50.

### Materialienmarkt.

**Naphtha und Naphthaerzeugnisse.** Lublin, 18. Juli. Preise für 100 Kg. in Złoty loko Verkaufsort. Naphtha 35, Benzin (710—720) 83,30, (721—730) 79, (751—760) 56,60; Öle: leichtes 22,60 Zł., mittleres 35, schweres 45, Automobilöl 110, Zylinderöl 42, Rohöl 21,20. Tendenz: ruhig.

**Fette und Öle.** Lublin, 18. Juli. Es wurde gezahlt für 100 Kg. in Złoty loko Verkaufsort: Rapsöl 175, Leinöl 200, Brennöl 200, Rapskuchen 25, Leinkuchen 35. Tendenz: wenig belebt.

**Leder und Gerbereiwaren.** Wilna, 17. Juli. Großhandelspreise: leichtes Rohleder 16 Kg. 17 Zł., schweres 16 Kg. 16,50 Zł., Sohlenleder, schweres und leichtes das Kg. 95 Cent, mittleres 85 Cent, Chromleder 1. Gattung der Quadratfuß 35, 2. Gattung 10 Prozent billiger, ein Kalbsfell 6 Zł. Tendenz: unverändert.

**Baumaterialien.** Lemberg, 18. Juli. Der Baumaterialienmarkt ist leicht belebt, Preise unverändert. Es wurden notiert für 10 Tonnen: Ziegel 45 Zł., loko Ziegelei 49, Maschinenziegel 45, Dachziegel 120, Dachreiter 600 loko Fabrik; Baukalk 210—215, ausgesuchter 225—230, Gips 200—325, Schotter 45 Zł.

# Wasserstandsnachrichten.

**Der Wasserstand der Weichsel** betrug am 18. Juli in Krakau + 0,94 (0,38), Zawichost + 2,34 (2,61), Warschau + 2,76 (2,33), Plock + 1,71 (1,65), Thorn + 2,03 (2,23), Fordon + 2,10 (2,34), Culm + 2,12 (2,37), Graudenz + 2,38 (2,63), Kurzebrak + 2,86 (3,08), Montau — (2,73), Pieckel — 2,54 (2,88), Dirschau — 2,54 (2,86), Einlage + 2,24 (2,28), Schiewenhorst + — (2,46 Meter. (Die in Klammern angegebenen Zahlen geben den Wasserstand vom Tage vorher an.)

Hauptschriftleiter: Gotthold Starke; verantwortlich für den gesamten redaktionellen Inhalt: Johannes Kruse; für Anzeigen und Reklamen: E. Przygodzki; Druck und Verlag von A. Dittmann G. m. b. H., sämtlich in Bromberg.

**Die heutige Nummer umfaßt 8 Seiten einschließlich „Der Hausfreund" Nr. 113.**

## Wierzytelny odpis.

5 J. 165/24.

**W Imieniu Rzeczypospolitej Polskiej.**

W sprawie karnej przeciwko **Henrykowi Dettmerowi,** urodz. dnia 28 lipca 1887 w Neunhof (Niemcy), synowi **Henryka** i **Elżbiety** z d. Schopenbejerów, ewangelik, osadnikowi z Wenecji pow. Żnin, żonatemu z **Stanisławą** z domu Kocik, karanemu za kradzież, o fałszywe obwinienie II. Izba Karna Sądu Okręgowego w Bydgoszczy na posiedzeniu w dniu 12 czerwca 1925 r. odbytem orzekła:

Oskarżony **Henryk Dettmer** winien jest występku z § 164 kk. i zasądzony zostaje na karę więzienia przez sześć (6) miesięcy, na utratę praw obywatelskich przez dwa (2) lata i na ponoszenie kosztów postępowania karnego i zarazem po myśli § 165 k. k. przyznaje się pokrzywdzonemu **Zygmuntowi Rzoncy** uprawnienie publicznego ogłoszenia wyroku na koszt oskarżonego w Dzienniku Bydgoskim, Gazecie Bydgoskiej i Deutsche Rundschau.

podp. **Celewicz,** podp. **Poćwiardowski.**

Zgodność odpisu sentencji wyroku z oryginałem oraz prawomocność i wykonalność tegoż wyroku potwierdza się.

Bydgoszcz, dnia 30 czerwca 1925 r.

(—) **Workiewicz,**
st. sekretarz Sądu Okręgowego. 8833